



Kampf der Hochpreisinsel nach dem Mindestkurs-Ende

SP-Nationalrätin Nadine Masshardt und FDP-Caroni diskutieren.

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt



Liebe Nadine

Am 15. Januar gab die Nationalbank den Franken-Mindestkurs zum Euro auf. Für einen grossen Teil der Schweizer Wirtschaft bedeutet dies eine enorme Herausforderung.

Was unsere Wirtschaft nun dringender denn je zuvor braucht, sind optimale Rahmenbedingungen. Dazu braucht es die Unternehmenssteuer-Reform III, die Bilateralen in einer neuen Ära, weitere Freihandelsabkommen, Bürokratieabbau – und vor allem keine zusätzlichen Fesseln und Kosten.

Teilst Du meine Einschätzung?

Liebe Grüsse, Andrea



  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Wie wohl fast alle wurde auch ich vom Entscheid der Nationalbank überrascht. Die möglichen Auswirkungen bereiten mir Sorge: Gerade in exportorientierten Sektoren und im Tourismus stehen viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Wichtiger als eine Anpassung des Steuersystems ist nun, dass der Wettbewerb in beide Richtungen spielt und wir auch von den Vorteilen der Währungsstärke profitieren können: Wir müssen auf die Kartellgesetzrevision zurückkommen und damit die (nun noch stärkere) Hochpreisinsel bekämpfen. Hilfst Du mit?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine



Im letzten Herbst habe ich mich als Fraktionssprecher für eine Kartellgesetz-Revision eingesetzt. Leider stimmten auch zehn Sozialdemokraten dagegen, so trat der Nationalrat mit 99:80 Stimmen nicht darauf ein.

Allerdings ist das Kartellrecht auch kein Allheilmittel. Zudem bestätigen die Wettbewerbsbehörden, dass 2011 die Währungsvorteile durchaus den Konsumenten weitergegeben wurden. Das braucht halt bisweilen etwas Zeit und Verhandlungsgeschick.

A propos «Vorteile weitergeben»: Wenn Importe billiger werden, steigt der reale Lohn (die Kaufkraft) auch ohne formelle Lohnerhöhung. Die Arbeitnehmenden (bzw. die Gewerkschaften) können diesen Vorteil mit den durch den starken Franken belasteten Unternehmen insofern teilen, als sie sich mit zusätzlichen Lohnforderungen zurückhalten.

Teilst Du meine Meinung, dass sich in dieser Situation beide Seiten anpassungsfähig zeigen sollten?

Liebe Grüsse, Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Beim Kartellgesetz gab es leider auch bei der FDP 6 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen ...

Nein, die Hochpreisinsel ist eben genau nicht verschwunden. Die Kursgewinne sind grösstenteils im Sack der Importeure geblieben und nicht bis zu den Konsumentinnen und Konsumenten gelangt.

Nachdem es bei den Lohnverhandlungen für dieses Jahr viele Nullrunden gegeben hat, wäre es sicher falsch, zuerst bei den Löhnen der Arbeitnehmenden anzusetzen.

Bist Du auch der Ansicht, dass die Nationalbank ihr Augenmerk nicht nur auf die Preisstabilität richten, sondern gemäss Aufgabenkatalog im Bundesgesetz das Gesamtinteresse des Landes im Auge behalten und insbesondere der konjunkturellen Entwicklung Rechnung tragen sollte?

Beste Grüsse
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**
An: Nadine Masshardt

Liebe Nadine



Die Hochpreisinsel ist Realität, aber aus vielen Gründen: Technische Handelshemmnisse, Grenzschutz in der Landwirtschaft, höhere staatliche Anforderungen in Umweltschutz und Sozialem etc. Auch staatliche Leistungen sind bei uns viel teurer als im Ausland. Kartelle sind nur eine von vielen Ursachen (und ja heute schon verboten). Währungsvorteile wurden aber weitergegeben, wie die Weko feststellte.

Die SNB hat gemäss Gesetz nur eine Hauptaufgabe: «Sie gewährleistet die Preisstabilität». «Dabei» (also nur im Rahmen der Preisstabilität) berücksichtigt sie auch die Konjunktur.

Brandgefährlich wird es, wenn Zentralbanken Geld beginnen, mit gedrucktem Geld Staatsschulden zu finanzieren, wie es die Europäische Zentralbank nun hemmungslos tut.

Macht Dir das auch Sorgen?

Liebe Grüsse, Andrea

  **Von: Nadine Masshardt**
An: Andrea Caroni

Lieber Andrea

Die wirtschaftliche Lage gewisser europäischer Länder macht auch mir grosse Sorgen. Das Problem ist dabei aber nicht, dass die EZB mit ihren Massnahmen ihren Mitgliedsstaaten wieder auf die Beine helfen will. Dramatisch hingegen ist die Arbeitslosigkeit und speziell die Jugendarbeitslosigkeit: In Spanien und Griechenland beträgt diese über 50 Prozent. Zentral ist also, dass alles unternommen wird, damit auch diese jungen Menschen eine Perspektive haben.

Beste Grüsse
Nadine